

Antrag

der Abg. Birgit Kipfer u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Finanzministeriums

Situation des Staatsanzeigers

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Auflagen der verschiedenen Produkte des landeseigenen Staatsanzeiger-Verlags in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;
2. in welcher Höhe in den Jahren 2001 bis 2006 durch den Verlag Staatsanzeiger Ausschüttungen an den Staatshaushalt erfolgt sind;
3. in welcher Höhe in den vergangenen fünf Jahren Aufträge einerseits der Landesbehörden, andererseits der Kommunen an die verschiedenen Geschäftszweige des Verlags gegangen sind und welche prozentualen Anteile am Gesamtumsatz des Verlags dies jeweils ausmacht;
4. welche wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Ertragskraft des Staatsanzeigers für den Fall zu erwarten sind, dass künftige Ausschreibungsergebnisse eine Vergabe an andere Anbieter erforderlich machen;
5. welche Bedeutung die Publikation „bwWoche“ und ihre Beilagen sowie die elektronischen Angebote des Staatsanzeiger-Verlags als zentrales Publikationsorgan für die öffentliche Hand sowie für die Privatwirtschaft gegenwärtig hat, und wie sich diese nach einer Veräußerung ggf. ändern könnte;
6. wie die Landesregierung die beabsichtigte Veräußerung der Gesellschaftsanteile des Landes am Verlag des Staatsanzeigers begründet und welche Ziele damit verfolgt werden;

7. ob und auf welche Weise der Standort – bezogen auch auf Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze –, das Produkt „bwWoche“ und Beilagen als zentrale Plattform für amtliche Veröffentlichungen, sowie das Kulturprogramm und die Tochterunternehmen bei einem Verkauf erhalten werden sollen;
8. mit welcher Begründung ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für den Verkauf des Staatsanzeiger-Verlags gewählt wurde;
9. welche Verfahrensschritte für den Verkauf bisher eingeleitet wurden, und in welcher zeitlichen Abfolge der Verkauf vonstatten gehen soll;
10. von welchem Zeitpunkt an die Betriebsleitung des Verlags am Verkaufsverfahren beteiligt wurde und auf welche Weise der Sachverstand des Betriebsrats bisher einbezogen wurde, bzw. einbezogen werden wird.

02.05.2007

Kipfer, Stichelberger, Braun
Hofelich, Sakellariou SPD

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Mai 2007 Nr. 5-3258.STANZ/11 nimmt das Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sich die Auflagen der verschiedenen Produkte des landeseigenen Staatsanzeiger-Verlags in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;

Die Abonnentenzahlen haben sich wie folgt entwickelt (Stand 31. Dezember 2006):

| Publikation | Auflage | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|--------------------------------------|-------------|--------|--------|--------|--------|----------|
| bwWoche | verkaufte | 17.077 | 16.624 | 16.445 | 15.736 | 15.113 |
| | verbreitete | 17.550 | 17.094 | 17.157 | 16.926 | 16.129 |
| Schlösser Baden-Württemberg | verkaufte | 28.001 | 27.855 | 27.601 | 26.954 | 26.446 |
| | verbreitete | 29.564 | 29.444 | 29.386 | 28.546 | 27.501 |
| Momente – Beiträge zur Landeskunde – | verkaufte | 10.065 | 9.821 | 9.557 | 8.870 | 8.306 |
| | verbreitete | 10.381 | 11.195 | 10.156 | 9.318 | 19.765 * |
| Gemeinsames Amtsblatt des Landes BW | verkaufte | 4.099 | 3.939 | 3.714 | 3.170 | 2.851 |
| | verbreitete | 4.641 | 4.405 | 4.218 | 3.604 | 3.262 |

verkauft: Gegen Entgelt übereignete Exemplare

verbreitet: Unentgeltlich überlassene Exemplare (z. B.: Belegexemplare für Werbekunden)

*11.000 Expl. für das „Haus der Geschichte“

2. *in welcher Höhe in den Jahren 2001 bis 2006 durch den Verlag Staatsanzeiger Ausschüttungen an den Staatshaushalt erfolgt sind;*

Für die betreffenden Geschäftsjahre sind folgende Ausschüttungen an den Staatshaushalt erfolgt:

| | |
|-------|-----------|
| 2001: | 721 T€, |
| 2002: | 2.000 T€, |
| 2003: | 1.750 T€, |
| 2004: | 2.760 T€, |
| 2005: | 2.760 T€. |

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 ist vom Gesellschafter Land noch nicht festgestellt worden.

3. *in welcher Höhe in den vergangenen fünf Jahren Aufträge einerseits der Landesbehörden, andererseits der Kommunen an die verschiedenen Geschäftszweige des Verlags gegangen sind und welche prozentualen Anteile am Gesamtumsatz des Verlags dies jeweils ausmacht;*

Die Erlöse aus Landesaufträgen in den Jahren 2003 bis 2006 können der Anlage entnommen werden. Für 2002 können die Zahlen von der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH (im Folgenden: „Staatsanzeiger“) nicht mit vertretbarem Aufwand zusammengestellt werden, da erst im Jahre 2003 eine detaillierte Kostenstellenrechnung eingeführt wurde.

Die Zahlen für Aufträge der Kommunen lassen sich aus den beim Staatsanzeiger vorhandenen Systemen nicht gewinnen. Bei den öffentlichen Ausschreibungen im Landesauschreibungsblatt Baden-Württemberg haben die Kommunen einen Anteil von ca. 55 v. H., rund 80 v. H. der Ausschreibungen in der bwWoche werden für Kommunen veröffentlicht.

4. *welche wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Ertragskraft des Staatsanzeiger-Verlags für den Fall zu erwarten sind, dass künftige Ausschreibungsergebnisse eine Vergabe an andere Anbieter erforderlich machen;*

Die EU-Richtlinien zum Vergaberecht setzen ausschreibungsfreien Vergaben des Landes an den Staatsanzeiger enge Grenzen. Auch der Staatsanzeiger wird sich nach Auslaufen bestehender Verträge in immer stärkerem Maße der Konkurrenz anderer Anbieter stellen müssen. Diese Konkurrenzsituation stellt für jeden Marktteilnehmer ein Risiko dar, bietet aber auch Chancen.

Positiv für die mittelfristige Entwicklung des Staatsanzeigers wird sich das Angebot des Landes auswirken, im Zusammenhang mit der Ausschreibung des Verkaufs des Staatsanzeigers sämtliche zwischen Land und Staatsanzeiger bestehenden, in der Regel jährlich kündbaren Verträge langfristig zu verlängern und einen langfristigen eVergabe-Vertrag mit dem Staatsanzeiger abzuschließen.

Für den Fall, dass ein Verkauf nicht zu Stande kommt, müsste sich der Staatsanzeiger bereits ab 2008 in einer Reihe von Fällen dem Wettbewerb stellen. Der eVergabe-Vertrag müsste gesondert ausgeschrieben werden.

5. *welche Bedeutung die Publikation „bwWoche“ und ihre Beilagen sowie die elektronischen Angebote des Staatsanzeiger-Verlags als zentrales Publikationsorgan für die öffentliche Hand sowie für die Privatwirtschaft gegenwärtig hat, und wie sich diese nach einer Veräußerung ggf. ändern könnte;*

Die Angebote des Staatsanzeigers unterteilen sich in folgende Bereiche:

- Redaktioneller Inhalt der bwWoche

Die bwWoche ist die einzige landespolitische Wochenzeitung in Baden-Württemberg.

- Landesausschreibungsblatt Baden-Württemberg
Das Landesausschreibungsblatt einschließlich der Onlineplattform *www.ausschreibungs-abc.de* ist ein überregionales Ausschreibungsmedium für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg und damit für die öffentlichen Hände und die Unternehmen gleichermaßen von Bedeutung.
- Stellenanzeigen in der bwWoche
Die Stellenanzeigen in der bwWoche sind für die öffentliche Verwaltung die wichtigste Plattform, um Bewerbungen zur Besetzung freier Stellen in der öffentlichen Verwaltung zu erhalten.
- Zentralblatt für gerichtliche und sonstige Bekanntmachungen in der bwWoche
Seit 2004 werden Insolvenzveröffentlichungen und seit 2007 die Handelsregisterbekanntmachungen im Internet vollzogen. Die Bedeutung des Zentralblattes für gerichtliche und sonstige Bekanntmachungen ist deshalb deutlich zurückgegangen. Weitere Inhalte wie Zwangsversteigerungen sind von dieser technologischen Entwicklung bedroht.
- Kulturelle Publikationen
Die kulturellen Publikationen „Momente – Beiträge zur Landeskunde Baden-Württemberg“ und „Schlösser Baden Württemberg“ gehören zu den wenigen noch verbliebenen Zeitschriften in diesem Bereich in Baden-Württemberg. Insbesondere „Schlösser Baden-Württemberg“ und die Internetseite *www.schloesser-magazin.de* sind für die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Baden-Württemberg eine Möglichkeit, um einer breiten Öffentlichkeit die reichhaltigen Kulturdenkmäler des Landes nahe zu bringen.

Das Finanzministerium geht davon aus, dass sich durch den Verkauf des Staatsanzeigers die Bedeutung dieser Bereiche für die öffentliche Hand und für die Privatwirtschaft nicht wesentlich ändern wird.

6. wie die Landesregierung die beabsichtigte Veräußerung der Gesellschaftsanteile des Landes am Verlag des Staatsanzeigers begründet und welche Ziele damit verfolgt werden;

7. ob und auf welche Weise der Standort – bezogen auch auf Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze –, das Produkt „bwWoche“ und Beilagen als zentrale Plattform für amtliche Veröffentlichungen, sowie das Kulturprogramm und die Tochterunternehmen bei einem Verkauf erhalten werden sollen;

Der Staatsanzeiger muss sich heute aufgrund des Europäischen Wettbewerbsrechts zunehmend der Konkurrenz anderer Anbieter stellen. Auch der Wandel bei den elektronischen Vergabe- und Bekanntmachungsverfahren wird zu erheblichen Veränderungen führen. Zur Kompensation müssen neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Dies kann das Land als Gesellschafter des Staatsanzeigers nicht leisten. Ziel des Verkaufs ist es deshalb, den Staatsanzeiger mit einem starken Gesellschafter in eine sichere Zukunft zu führen. Damit verbunden sind folgende weitere Ziele

- die Fortführung des Staatsanzeiger-Verlages,
- die Beibehaltung einer zentralen Angebotsplattform für öffentliche Bekanntmachungen und für die öffentlichen Ausschreibungen von Aufträgen unter Wahrung einer zurückhaltenden Preisgestaltung,
- die Weiterentwicklung des Online-Dienstleistungsangebotes des Unternehmens in Verbindung mit der künftigen Erbringung der eVergabe-Dienstleistungen für die Landesverwaltungen und
- Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen am bisherigen Standort.

Im Übrigen wir auf Ziffer 5 verwiesen.

8. mit welcher Begründung ein EU-weites Ausschreibungsverfahren für den Verkauf des Staatsanzeigers gewählt wurde;

Der Verkauf ist EU-weit auszuschreiben, weil mit dem Verkauf der Abschluss eines für sich allein betrachtet ausschreibungspflichtigen Vertrags über die eVergabe verbunden werden soll. Die europaweite Ausschreibung dient auch zur vergaberechtlichen Absicherung der bestehenden, zeitlich teilweise unbeschränkten Verträge.

9. welche Verfahrensschritte für den Verkauf bisher eingeleitet wurden, und in welcher zeitlichen Abfolge der Verkauf vonstatten gehen soll;

Nachdem sich die Landesregierung im Februar 2005 für eine Veräußerung des Staatsanzeigers entschieden hat, musste, da der geschätzte Auftragswert voraussichtlich den Schwellenwert von 200 T€ netto überschreitet, zunächst eine europaweite Ausschreibung für ein Beratungsunternehmen durchgeführt werden. Nach der Auswahl und Beauftragung des Beratungsunternehmens erfolgte im August 2006 die europaweite Vergabebekanntmachung über die Veräußerung des Staatsanzeigers. Im Januar 2007 wurden alle Bewerber, die eine Interessensbekundung abgegeben hatten, zur Abgabe eines zunächst unverbindlichen Angebots aufgefordert. Nach Ablauf der Frist zur Abgabe eines verbindlichen Angebots am 11. Mai 2007 werden jetzt die Kaufvertragsverhandlungen geführt. Das Finanzministerium ist bestrebt, die Veräußerung noch vor der Sommerpause abzuschließen.

10. von welchem Zeitpunkt an die Betriebsleitung des Verlags am Verkaufsverfahren beteiligt wurde und auf welche Weise der Sachverstand des Betriebsrats bisher einbezogen wurde, bzw. einbezogen werden wird.

Der Geschäftsführer des Staatsanzeigers war von Beginn an in das Veräußerungsverfahren eingebunden. Ihm wurde in allen Phasen des Verfahrens Gelegenheit gegeben, seinen Sachverstand einzubringen.

Der Betriebsrat war über das Verfahren ebenfalls informiert. Nachdem die Frist zur Abgabe der verbindlichen Angebote abgelaufen ist, wurde vereinbarungsgemäß dem Betriebsrat als Sachverständiger unverzüglich Einsicht in die eingegangenen Unterlagen und Gelegenheit gegeben, diese zu beurteilen.

Die Stellungnahmen des Geschäftsführers und des Betriebsrats wird das Finanzministerium einbeziehen.

Stratthaus

Finanzminister

Anlage

| Geschäftszweige der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH | 2003 | | | 2004 | | | 2005 | | | 2006 | | |
|--|----------------------|------------------|-----------------|----------------------|------------------|-----------------|----------------------|------------------|-----------------|----------------------|------------------|-----------------|
| | Erlös durch Land: | Erlös gesamt: | Anteil Land: | Erlös durch Land: | Erlös gesamt: | Anteil Land: | Erlös durch Land: | Erlös gesamt: | Anteil Land: | Erlös durch Land: | Erlös gesamt: | Anteil Land: |
| Gesetzblatt | 62.266 € | 62.266 € | 100,00% | 62.361 € | 62.361 € | 100,00% | 59.727 € | 59.727 € | 100,00% | 59.264 € | 59.264 € | 100,00% |
| Gemeinsames Amtsblatt | 80.363 € | 281.047 € | 28,59% | 73.400 € | 279.318 € | 26,28% | 77.807 € | 235.207 € | 33,08% | 67.723 € | 218.076 € | 31,05% |
| Momente | 5.637 € | 74.226 € | 7,59% | 6.200 € | 75.771 € | 8,18% | 7.450 € | 82.901 € | 8,99% | 7.609 € | 93.973 € | 8,10% |
| Schlosser-Zeitung | 53.944 € | 113.722 € | 47,43% | 54.036 € | 121.233 € | 44,57% | 56.763 € | 134.219 € | 42,29% | 58.023 € | 126.877 € | 45,73% |
| Frauen Aktiv | 82.161 € | 82.350 € | 99,77% | 83.225 € | 83.225 € | 100,00% | 83.973 € | 85.113 € | 98,66% | 83.090 € | 86.314 € | 96,26% |
| Eigenpublikationen | 0 € | 139.819 € | 0,00% | 600 € | 74.500 € | 0,81% | 0 € | 46.761 € | 0,00% | 0 € | 63.351 € | 0,00% |
| analog & digital | 0 € | 1.500 € | 0,00% | 0 € | 4.156 € | 0,00% | 0 € | 5.732 € | 0,00% | 0 € | 6.642 € | 0,00% |
| Prospektservice | 26.960 € | 89.513 € | 30,12% | 39.294 € | 105.351 € | 37,30% | 24.437 € | 142.447 € | 17,16% | 28.048 € | 155.134 € | 18,08% |
| Redaktionelle Beiträge zu speziellen Themen | 17.562 € | 282.495 € | 6,22% | 20.380 € | 316.145 € | 6,45% | 25.875 € | 421.129 € | 6,14% | 27.352 € | 402.083 € | 6,80% |
| Sondenveröffentlichungen | 4.268 € | 85.224 € | 5,01% | 3.680 € | 132.089 € | 2,79% | 11.746 € | 217.526 € | 5,40% | 2.724 € | 150.154 € | 1,81% |
| Mantelanzeigen bw- Woche | 37.311 € | 1.035.239 € | 3,60% | 35.280 € | 637.886 € | 5,53% | 22.748 € | 494.746 € | 4,60% | 34.490 € | 606.136 € | 5,69% |
| Landesausschreibungs- blatt Baden-Württemberg | 415.777 € | 2.840.941 € | 14,64% | 409.260 € | 2.356.061 € | 17,37% | 489.048 € | 2.640.017 € | 18,52% | 387.727 € | 2.544.480 € | 15,24% |
| Zentralblatt | 367.335 € | 4.023.870 € | 9,13% | 226.533 € | 2.348.715 € | 9,64% | 189.746 € | 1.916.096 € | 9,90% | 161.549 € | 1.769.066 € | 9,13% |
| Beilagen zur bw-Woche | 1.237 € | 92.532 € | 1,34% | 670 € | 92.774 € | 0,72% | 515 € | 56.138 € | 0,92% | 502 € | 57.498 € | 0,87% |
| Kulturprojekte | 198.901 € | 217.978 € | 91,25% | 168.685 € | 189.732 € | 88,91% | 188.080 € | 197.946 € | 95,02% | 205.280 € | 240.716 € | 85,28% |
| ABC-GmbH | 0 € | 101.043 € | 0,00% | 0 € | 73.160 € | 0,00% | 0 € | 85.940 € | 0,00% | 0 € | 133.585 € | 0,00% |
| Versand | 0 € | 861.331 € | 0,00% | 0 € | 1.175.456 € | 0,00% | 0 € | 1.353.256 € | 0,00% | 0 € | 1.084.592 € | 0,00% |
| Vergabeunterlagen | 0 € | 87.893 € | 0,00% | 0 € | 96.285 € | 0,00% | 0 € | 98.489 € | 0,00% | 0 € | 117.253 € | 0,00% |
| VD-BW GmbH | 55.143 € | 55.146 € | 100,00% | 63.000 € | 64.557 € | 97,59% | 63.577 € | 63.577 € | 100,00% | 133.208 € | 133.212 € | 100,00% |
| schlosser-magazin.de | | | | | | | | | | | | |
| Summen: | 1.408.863 € | 10.528.133 € | 13,38% | 1.246.604 € | 8.288.775 € | 15,04% | 1.301.492 € | 8.336.967 € | 15,61% | 1.266.589 € | 8.048.406 € | 15,61% |